



# Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,  
So einig, stark und mächtig unser Bund.

## Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal  
Freitags.  
Anzeigen die viergespaltene  
Zeitspalt 20 Pf.  
Abonnement nach Uebereinkunft.  
Arbeitsvermittlung frei.

Abonnement vierteljährlich  
75 Pf., bei jedem Postamt und  
der Expedition.  
Postzeitungspreisliste Nr. 2174.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin O.,  
Münchebergerstr. 15.

## des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dunker).

Nr. 50. Berlin, den 16. Dezember 1898. IX. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an H. Haslke, Berlin O., Müncheberger - Straße 15, Geldsendungen an F. Liebman, Berlin O., Müncheberger - Straße 15 zu adressieren.

### Don der Zünflerei.

Daß es dem Handwerker theilweise schlecht geht, ist nicht zu leugnen. Denn wo die moderne Arbeitstheilung als Wettbewerber auf den Plan tritt, sei es als technische Arbeitstheilung zwischen Mensch und Maschine innerhalb der Werkstatt, sei es als kaufmännische Arbeitstheilung außerhalb der Werkstatt in Gestalt der Kleinenmechanismen der großen Waarenhäuser und Versandgeschäfte, erweist sich das Handwerk als der irdene Topf, der mit dem eisernen zusammenstößt. Ein anderer Theil des Handwerks, schreibt die „Berliner Ztg.“, hat sich zwar seinen absoluten Lebensstand vom Anfang des modernen Zeitlaufs an bewahrt, vielleicht sogar ein wenig verbessert. Da sich jedoch nach Lassalles tiefem Worte alle Armuth bemißt nach dem relativen Stande des Einkommens, so sind auch diese Handwerker sozial tief gesunken, gesunken von der Stellung des ausschlaggebenden Mittelstandes der Städte auf eine Stufe, die nur wenig über das eigentliche „Arbeiterproletariat“ emporragt. Der dritte Theil befindet sich ohne Einschränkung sehr wohl, namentlich viele Handwerker der Nahrungsmittelerzeugung, viele Kunsthandwerker und solche, die den Krampfhandel mit dem Handwerk vereinigt haben und nun den Großtheil ihres Einkommens aus dem Vertrieb derselben großindustriellen Produkte erzielen, durch die sie als Produzenten theilweise überflüssig geworden sind.

Alle diese Gruppen aber schreien nach dem berühmten und erfolgreichen Rezept der Agrarier „Gewalt“ und drohen mit dem Abfall zur Sozialdemokratie, wenn der Staat nicht hilft. Ein ganzes Bouquet von Forderungen wird tagtäglich auf den grünen Tisch unserer Ministerien gestellt: Zwangsumwungen und Befähigungsnachweis, Handwerkerkammern und staatliche Kreditgenossenschaften, Ermäßigung der Konsumvereine und großen Waarenhäuser durch steuerliche Ausnahmegeetze, Verbot der Gefängnisarbeit und verschiedene andere. Gegen einen kleinen Theil dieser Forderungen ist nichts einzuwenden, von den meisten möchte man aber wünschen, daß sie Gesetzeskraft erhielten, weil das das sicherste Mittel wäre, sie für lange Zeit gänzlich von der Bildfläche verschwinden zu lassen, mindestens so lange, bis der letzte Handwerker zu seinen Vätern versammelt wäre, der die wahre Natur dieser so heiß ersehnten „Segnungen“ am eignen Leibe erprobt hätte. Menschen, die vom „Vater Staat“ alles Heil erhoffen, statt dem Worte zu folgen: „Hilf dir selbst, hilf dir Gott!“ sind wirtschaftliche Kinder; und Kinder müssen ihre Erfahrungen leider persönlich machen. Sie müssen die heiße Ofenthür erst selbst angefaßt haben, ehe sie glauben, daß das schöne Roth Brandblasen verursacht; es hilft ihnen garnichts, daß ihre Großväter und Väter, als diese noch Kinder waren, das gleiche schmerzhafteste Experiment schon einmal durchgeführt haben, und daß ihre Brüder in Oesterreich es in diesem Augenblicke zeternd bereuen: sie wollen und müssen sich selbst erst die Finger verbrennen.

„Soll man denn aber das Handwerk hilflos zu Grunde gehen lassen?“ um im Jargon der obermeisterlichen Brandreden zu bleiben. Die Frage läßt sich gar nicht beantworten, weil sie völlig falsch gestellt ist. Davan tragen freilich die Handwerker weniger Schuld, als die sogenannte nationalökonomische Wissenschaft. Man kann von Werkleuten nicht verlangen, daß sie Unterscheidungen machen, die den dazu angestellten Professoren entgegen sind.

Die Frage enthält nämlich zwei äußerst verschiedene Fragen, die eine ganz verschiedene Antwort erheischen und von einem ganz verschiedenen Gesichtspunkte aus erörtert werden wollen. Alle Verwirrung der sog. „Handwerkerfrage“ kommt daher, daß man beide durcheinander geworfen hat, während sie auf das schärfste auseinander gehalten werden müssen. Die erste dieser beiden Fragen lautet: „Soll man das Handwerk zu Grunde gehen lassen, sobald es mit einer technisch oder kaufmännisch vollkommeneren Form der Produktion zusammenstößt?“ Sie gehört vor das Forum der Nationalökonomie und muß rund mit Ja! beantwortet werden. Die Gesellschaft als Ganzes hat nur das eine Interesse, ihre Bedürfnisse auf dem Wege der geringsten Kraftausgabe befriedigt zu sehen, d. h. durch die vollkommenste bisher erreichte Technik. Primitive Erzeugungsformen müssen untergehen, damit jede vorhandene Arbeitskraft, mit den vollkommensten Werkzeugen ausgestattet, möglichst viel Güter in den Schatz der Gemeinschaft einschleße. Wenn z. B. ein Schuhmacher an den besten Maschinen zehnmal mehr Paar Stiefel in der Woche herstellen kann als der Handarbeiter, so hat die Gemeinschaft das Interesse, daß alle mit der Hand arbeitenden Schuhmacher als solche verschwinden, damit die Gesamtheit entweder mehr Stiefel erhalten oder die frei gewordenen Arbeitskräfte in der Herstellung anderer Güter beschäftigen könne.

Die zweite der beiden Fragen aber lautet: „Soll man den Handwerker zu Grunde gehen lassen, wenn sein Gewerbe durch die wirtschaftliche Revolution vernichtet wird?“ Sie gehört vor das Forum der Sozialpolitik und muß rund mit Nein! beantwortet werden. Denn die Gesellschaft als Ganzes hat das lebhafteste Interesse daran, daß alle ihre Glieder sich eines gesicherten, dem Stande der Produktivkräfte entsprechenden Einkommens erfreuen; sie hat das Interesse wirtschaftlich, weil eine starke Kaufkraft der breiten Masse die nothwendige Voraussetzung jeder dauernden wirtschaftlichen Blüthe ist; sie hat es ethisch, weil sie Niemanden hungern lassen soll; sie hat es politisch, weil darbennde Menschen zu gewaltsamen Thaten neigen, und hat es hygienisch, weil die großen vernichtenden Volksseuchen ihren Brutherd in der Armuth und ihrem Schmutze haben. Dieses sozialpolitische Interesse ist vollständig befriedigt, wenn, um im Beispiele zu bleiben, der handarbeitende Schuhmachermeister der früheren Periode zwar als solcher verschwindet, aber auf der anderen Seite als gut situirter, sozial geachteter Mitarbeiter einer Schuhfabrik wieder auftauchen würde. Der Gesellschaft als sozialpolitischer Interessengemeinschaft wäre ein gesellschaftlich voll anerkannter Fabrikarbeiter mit 3000 Mark Einkommen unvergleichlich werthvoller, als ein fast gänzlich proletarisirter „Meister“ mit 1200 Mark.

Es handelt sich also gar nicht darum, den Handwerker als solchen, als weltwirtschaftlich rückständigen Produzenten zu erhalten, sondern darum, ihn als ökonomische Existenz im allgemeinen in den Genuß eines ausreichenden Einkommens und als Bürger in den Genuß einer gesellschaftlich anerkannten, sozialen Stellung zu bringen. Und das ist freilich mit zünftlerischen Kniffen und Wixen nicht erreichbar, sondern nur mit einer Reform des Gesamtwirtschaftskörpers von unten herauf. Da Fachgelehrte im allgemeinen den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen können, hat sich unseren Nationalökonomien und Sozialpolitikern die schwierige Weisheit bisher verborgen, daß die Lage jeder höheren Klasse eines Volkes, das keine starre Kasten-

einteilung hat, fest bestimmt wird durch die Lage seiner untersten Klasse. Keine staatliche Aktion zu Gunsten der Handwerkerklasse kann auf die Dauer irgend eine Wirkung haben, wenn die Arbeiterklasse in ihrer sozialen Abhängigkeit und wirtschaftlichen Entblühung verharrt. Denn jeder momentan errungene Vorteil des Handwerks würde natürlich sofort wieder dadurch aufgehoben, daß entsprechend viele Konkurrenten aus der eigentlichen Arbeiterschaft den Wettbewerb erhöhten und die Preise drückten.

Wenn sich die Handwerker also selbst helfen wollen, so müssen sie dafür sorgen, daß die tiefste Schicht der Arbeiterschaft besser entlohnt und sozial höher gestellt werde. Diese tiefste Schicht ist die Landarbeiterschaft! Ihre maßlose Zuwanderung in die Städte hält Lohn und Lage der Industriearbeiter darnieder; und die Industriearbeiterschaft hängt wieder wie ein Bleigewicht am Fuße des Handwerks, wie dieses am Beamtentum und den freien Gewerben höherer Ordnung. Hätte der Landarbeiter ein Einkommen von, sagen wir, 1500 Mark, dann wäre kein qualifizierter Industriearbeiter, ob selbstständig oder unselbstständig, für weniger als etwa 2000 Mark jährlich zu haben, ebenso wenig ein Unterbeamter. Und die höheren Berufe würden entsprechend im Einkommen steigen müssen.

Wenn ein Pferd in einen steilen Graben fällt, so stellt man durch Niedergraben des einen Randes oder durch Bretter eine Böschung her, auf der das Thier Fuß fassen kann. Dann steigt auf den Füßen auch Rumpf, Hals und Kopf empor! Unsere Zünftler aber und ihre „wissenschaftlichen“ Berater wollen dem im Sumpf versinkenden Handwerk einen Strick um den Hals legen und daran ziehen, ohne zu bedenken, daß die Füße unten fest geschnürt sind, nämlich die Arbeiterschaft! Sie bilden sich ein, der Kopf allein sei die Hauptsache, der müsse heraus, wenn auch das übrige stecken bleibe. Es wird ihnen gehen, wie den Schildbürgern mit ihrer berühmten Kuh, die sie auf die Stadtmauer zogen.

Wenn die Handwerker ihren Vorteil verständen, so wendeten sie dem zünftlerischen Schnickschnack ein für alle Mal den Rücken und kämpften mit den entschiedenen Parteien der Linken für das Koalitionsrecht der Land- und Stadtarbeiter und für die Zerbrechung der agrarischen Macht, statt sich vor ihrem ärgsten Todfeinde mißbrauchen zu lassen. Aber sie sehen eben den Wald vor lauter Bäumen nicht. Wer nicht in ihre verrostete Zunfttrumpete bläst, ist ja ein „herzloser Manchestermann“! Nun, wenn sie sich erst die Finger gebrannt haben, werden sie schon einsehen, was noth thut. Bis dahin heißt es: geduldig warten!

### Einiges über die englische Sozialdemokratie.

Wenn man die englischen Sozialistenblätter liest und sich dabei in die Erinnerung ruft, daß die Sozialdemokraten in England so gar nichts zu bedeuten haben, so wird man durch den Ton der Zeitungen unwillkürlich an das Krähen eines jungen Hähnchens erinnert, welches, kaum fähig zu laufen, bereits Kampfesrufe ausstößt. Die englischen Sozialdemokraten wissen ebensogut wie die jungen Hähne, daß ihr stolzer Schlachtruf keine Beachtung findet, sonst würden sie ihn nicht ausstoßen. So regen sich denn auch Trade-Unionisten und Cooperator weiter nicht sehr auf, wenn sie angekräht werden, und legen die etwaigen Beleidigungen ihrer schwachen Gegner „zu den Uebrigen“. Daß aber die Sozialdemokraten sich auch unter einander ankrähen, das ist so komisch, daß man wohl davon Notiz nehmen kann. Die Justice ist sehr entrüstet, daß Genossen einige Artikel geschrieben haben, welche sogar „Patriotismus“ enthalten, und verweist den Schreibern dieser Artikel dies ernstlich. Gleichzeitig veräußert sie aber nicht, den Frieden im eignen sozialistischen Lager zu gefährden, indem sie als Organ der „Sozialdemokratischen Vereinigung“ der geistesverwandten „Unabhängigen Arbeiterpartei“ die Mitglieder wegfängt. Dieses Wegfangen der Mitglieder einer anderen sozialdemokratischen Partei wird sie natürlich als Wachstum der Sozialdemokratie verzeichnen. Wenn nun späterhin die „Unabhängige Arbeiterpartei“ ihrerseits auf den Fang von Mitgliedern aus anderen sozialdemokratischen Parteien übergeht, so wird die Arbeiterpartei natürlich mit ihrem Wachstum sich brüsten, und so kann das Wachsen der sozialistischen Verbände fortgesetzt werden, ohne daß England dadurch auch nur um einen Sozialdemokraten reicher würde. Wahrscheinlich ist man zu diesem praktischen Vermehrungsmittel übergegangen, weil es nach außen hin dem Uneingeweihten imponirt und andererseits bequemer ist, als Trade-Unionisten von dem Werthe der Zugehörigkeit zu sozialistischen Vereinen zu überzeugen. Augenblicklich beschäftigt man sich schon sehr mit dem Gedanken an den „Internationalen Sozialisten-Kongress“ in Paris, der im Jahre 1900 stattfinden soll. „Justice“ meint, bis dahin müßte die englische Sozialdemokratie sich zu einer Partei entwickelt haben, die „wüßte, was sie wollte“. Demnach scheint die Partei heute noch nicht zu wissen, was sie will, und das erklärt auch, weshalb sie immer so fuchsteufelswild wird, wenn man ihr den Vorwurf macht, daß sie nicht wisse, was sie wollte. (Bekanntlich können die Menschen einen berechtigten Vorwurf am aller wenigsten vertragen.) „Justice“ meint, daß es einen sehr unangenehmen Eindruck machen würde, wenn die englischen Sozialdemokraten auf dem Kongress eine ganze Reihe verschiedener Richtungen darstellen würden. Der Ansicht bin ich nun allerdings nicht, es wird meines Erachtens höchst befruchtend wirken, wenn die Handvoll englischer Sozialdemokraten ebenso viele verschiedene Ansichten vertritt. Unangenehm wird sich dadurch wohl keiner berührt fühlen. Von Deutschland aus scheint der Auftrag gekommen zu sein, den Genossen Bernstein recht schlecht zu behandeln. Die „Justice“ geht wenigstens ganz erbarmungslos mit ihm um. Sie wirft ihm vor, daß er seit zwei oder drei Jahren sein Lob den Kapitalisten und deren Leistungen reservirt, und für die Sozialdemokratie nur feindliche Kritik zur Verfügung gehabt hätte. Der Artikel eines englischen Sozialdemokraten erscheint der „Justice“ sogar deshalb sehr bedenklich, weil er Bernsteins Beifall gefunden hatte. Ich bin überzeugt, daß es möglich sein würde, aus den letzten Jahrgängen des sozialistischen Blattes mehr als ein Lob für Bernstein auszugraben und dadurch den Beweis zu führen, daß die „Justice“ früher nicht

daran gedacht hat, ihn als Feind der Sozialdemokratie hinzustellen, doch diese Arbeit will ich Herrn Bernstein selbst überlassen. Jedenfalls ist er sehr unvorsichtig gewesen, den Bannstrahl der deutschen Zielbewußten auf sein Haupt gelenkt zu haben, denn dieser Bannstrahl reicht, wie der Vorfall zeigt, bis nach England. —

## Technisches.

Ueber die Lage der Wiener Tischlerei enthält der Jahresbericht der Wiener Handels- und Gewerbetammer für 1897 gerade nicht sehr erfreuliche Schilderungen der dortigen Verhältnisse, wie aus Nachstehendem hervorgeht.

In der Möbeltischlerei konnte eine Besserung der Absatzverhältnisse nicht nur nicht wahrgenommen werden, sondern es herrschte im Gegentheil im kleingewerblichen Betriebe eine geradezu erschreckende Geschäftsstodung während des ganzen Jahres, welche zahlreiche Existenzen vernichtete, wie die ausnehmend große Anzahl der Gewerbezurücklegungen, oft kurz nach der Anmeldung, beweist. Während ein anderer Theil der Gewerbetreibenden Wien einfach ohne Abmeldung verließ, kämpften die übrigen Meister mit der größten Anstrengung um ihre Erhaltung. Da trotzdem die Arbeitslöhne sich auf ihrer bisherigen Höhe behaupteten, die Arbeitszeit weitere Kürzung erfuhr, die Waarenpreise dagegen mehr und mehr sanken, so riß die Unsolidität in der Erzeugung dermaßen ein, daß selbst der einst florierende Zwischenhandel darunter leiden mußte. Ebenso schlimm, wie mit dem lokalen Absatz stand es mit dem Exporte, für welchen selbst die hervorragendsten Firmen, die unter schwierigsten Verhältnissen noch das Ausfuhrgeschäft aufrecht zu erhalten im Stande gewesen waren, keine nennenswerthen Aufträge zu erlangen vermochten.

Die Möbelmode anlangend, ist in letzter Zeit neben dem Barock- auch der englische Stil in Schwung gekommen, und werden für ersteren amerikanisches Nußholz und für letzteren Mahagoniholz zwar noch vorwiegend verbraucht, doch ist man bestrebt, aus billigerem heimischen Materiale, wie aus verschiedenem grün gebeizten und polirtem Eichen- und Buchenholz feine und gediegene Arbeiten zu schaffen, wobei nicht übersehen wird, stets neues zu bieten.

In der Bautischlerei war der Geschäftsgang ebenfalls flau. Hier haben die Bauunternehmer die Preise dermaßen herabgedrückt und sich das Vertrauen der Gewerbetreibenden derartig verschert, daß letztere lieber mit kleinen Adaptionsarbeiten ihre Existenz zu fristen trachten, als durch Uebernahme von Lieferungen für Neubauten gewagte Geschäfte einzugehen. Diese begründete Vorsicht hat aber nur dem Pfuscherwesen neue Nahrung gegeben, indem die Bauunternehmer die für einen Bau erforderlichen Arbeiten verstreckerweise von Tischlergehilfen auf eigene Rechnung ausführen lassen. Diesem unerlaubten, den Geschäftsmann schwer schädigenden Treiben wird nach Anschauung der Genossenschaft behördlicherseits viel zu wenig gesteuert. Da nun auch der Fabrikationsbetrieb behufs Ausnützung der Maschinen dem Kleinmeister selbst die geringfügigsten Arbeiten entziehe, so erübrige diesem nichts, als unter Aufgebung des Gewerbes entweder selbst sich als Pfuscher unterzubringen, oder sich einer anderen Beschäftigung zuzuwenden.

Die Kunsttischlerei zählt die Berichtsperiode gleich dem Vorjahre zu den schlechten Geschäftsjahren. Der Absatz im Inlande wird aus genugsam bekannten Gründen von Jahr zu Jahr schlechter, der im Auslande desgleichen. Dagegen wächst der Import englischer und deutscher Möbel, begünstigt durch die jetzt vorherrschende Stilrichtung, mit welcher das einheimische Kunstgewerbe sich nur langsam befreundet, bedenklich. Von dem löblichen Wunsch getragen, diese Anpassung zu beschleunigen, hat eine Persönlichkeit in leitender Stellung es unternommen, gewissermaßen den Vermittler zwischen dem Publikum und einzelnen Gewerbetreibenden zu bilden. Diese Geschäftsbethätigung hat aber berechtigtes Aufsehen erregt. Ebenso peinlich fühlen sich die betreffenden Kreise durch die Konkurrenz der Fachschulen berührt. So hat das k. k. Unterrichtsministerium aus dem ihm zur Verfügung gestellten Ausstellungskredite einen bedeutenden Betrag gewidmet, um dieselben in die Lage zu setzen, auf der Pariser Weltausstellung ganze Interieurs zu exponiren. Hierzu scheinen die Fachschulen nach Anschauung des Referenten denn doch nicht berufen zu sein.

## Aus den Ortsvereinen.

Berlin. (Schluß.) Doch so manchemal, heißt es im Anschluß des Berichtes über die im Ortsverein VI (Pianoarbeiter) abgehaltenen Versammlungen, s. Nr. 49 der „Eiche“, hört man von Genossen, daß ihnen die Beleidigung „Streikbrecher“ entgegengeschleudert wird, ohne daß dieser jemals daran dachte, es zu sein oder zu werden; denn ein richtiger Gewerkevereiner weiß sehr gut, daß, sobald dem Generatrat die Meldung zugeht, daß er sich dessen hat zu Schulden kommen lassen und die Prüfung die Nichtigkeit eines solchen Vergehens ergibt, sein Ausschuß aus dem Gewerkeverein sicher erfolgt. Die „ollen Kamellen“ von Schmölln, Güstrow und wer weiß was noch für welche sind uns zur Genüge bekannt. Wie steht es aber mit jenen „Auchkollegen“ vom Holzarbeiterverbande beim letzten Stettiner Streik, wo unter 200 streikenden Mitgliedern sich 28 „Streikbrecher“ befanden, für welche der Ausschuß aus dem Verbande beantragt war. Hierüber schweigt man sich aus, denn man kann sich doch nicht selbst beschimpfen.

Nächstdem machte der Referent einen Vergleich zwischen den Statuten des Gewerkevereins und des Holzarbeiterverbandes. Beide Statuten sagen in den Bestimmungen über Pflichten der Mitglieder, daß Beiträge zu zahlen sind, und zwar im Gewerkeverein pro Woche für erwachsene Mitglieder 10 Pf. und für Lehrlinge 5 Pf., hingegen im Holzarbeiterverbande pro Woche für männliche Mitglieder 20 Pf. und für weibliche 10 Pf.; Streichungen erfolgen im Gewerkeverein bei 4 Wochenbeitragsresten und im Holzarbeiter-

verband schon bei deren von 13 Wochen. Bei den Bestimmungen über Rechte der Mitglieder gehen die Statuten aber doch weit auseinander, im Gewerksverein wird das darin Aufgeführte, dagegen im Holzarbeiterverband kann dieses geleistet werden. Was wird denn im Gewerksverein geleistet? (Es brauchte dies hier nicht angeführt werden, da jedes Mitglied doch den Inhalt des Statuts wissen muß, aber der Uebersichtlichkeit halber sei dies hier angeführt). 1. Nach dreimonatlicher Mitgliedschaft: freie Ratherteilung bzw. Beistand zur Klageführung durch einen Rechtsanwalt. — Vor vollendeter Karenzzeit nur Ratherteilung durch einen Rechtsanwalt. 2. Nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft: Bei Maßregelung oder Aussperrung vom ersten Tage an pro Tag 1,50 Mk. und erforderlichen Falles die Beihilfe zur Uebersiedelung für sich und Familie als auch des Mobiliars zum Antritt von Arbeit in einem anderen Orte. 3. Nach einjähriger Mitgliedschaft: Wander- und Reiseunterstützung mit pro Kilom. 2 1/2 Pf. bis zu 750 Kilom. in 52 aufeinanderfolgenden Wochen; bei Eintritt der Arbeitslosigkeit für 10 Wochen Erlaß der Beiträge aller Klassen des Gewerksvereins, in welchen das Mitglied versichert ist, letzteres gilt auch bei Mitgliedern, welche aus unserer Krankenkasse mit 26 Wochen ausgestellt sind. Mitglieder, welche den Verein nach innen und außen zu vertreten haben, erhalten bei Maßregelung vom ersten Tage pro Woche 12 Mk. und nöthigenfalls die erforderliche Uebersiedelungs-Unterstützung. 4. Nach zweijähriger Mitgliedschaft eine Arbeitslosigkeits-Unterstützung von der zweiten Woche an auf die Dauer von zehn Wochen mit pro Arbeitstag 1 Mk. und Erlaß der Beiträge auf die gleiche Dauer, letzteres wird auch den aus unserer Krankenkasse ausgesteuerten Mitgliedern zu Theil. Auch erhalten Mitglieder, welche in außerordentlicher Noth gerathen, innerhalb 52 aufeinander folgenden Wochen eine Unterstützung bis zu 25 Mk. und 5. wird nach dreijähriger Mitgliedschaft neben der Reiseunterstützung an Uebersiedelungsbeihilfe für das Mobiliar bis zur Höhe von 50 Mk. wie auch für die Frau und Kinder von 10—14 Jahren 2 Pf. und für letztere von 4—10 Jahren 1 Pf. pro Kilom. gezahlt. Was kann denn nun vom Holzarbeiterverband geleistet werden? 1. Nach dreimonatlicher Mitgliedschaft freier Rechtsschutz bzw. Klageführung durch einen Rechtsanwalt. — Bei Anklagen, welche den § 153 der Gewerbeordnung betreffen, besteht keine Karenzzeit. 2. Nach einjähriger Mitgliedschaft kann eine Nothstandsunterstützung bis zur Höhe von 25 Mk. gewährt werden. An Umzugskosten können innerhalb 2 Jahren, wenn die Entfernung des zu erreichenden Ortes mindestens 20 Kilom. beträgt, bis zum Höchstbetrage von 30 Mk. gezahlt werden. An Reiseunterstützung kann pro Kilom. 2 Pf., jedoch pro Tag nicht mehr als 75 Pf. — auch für Bahnfahrten — und innerhalb 12 Monate im Höchstbetrage bis zu 20 Mk. verausgabt werden. Mitglieder, welche die Unterstützung erhalten haben, müssen eine Wartezeit von 12 Monaten durchmachen. 3. Ohne Angabe der Wartezeit kann gewährt werden: Den Mitgliedern, welche durch ihre Thätigkeit für den Verband bei Aussperrung oder ArbeitsEinstellung arbeitslos werden, eine auf Antrag der Lokalverwaltung durch den Vorstand bestimmte Unterstützung. Bei Streiks ist im Reglement wohl die Frage der Mitgliedschaft von 6 Monaten erwähnt, jedoch ist nicht ersichtlich, ob auch Mitglieder von kürzerer Mitgliedschaft unterstützt werden. Die Höhe der Unterstützung bestimmt der Vorstand und beträgt in der Regel die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes, kann jedoch in außerordentlichen Fällen bis zu zwei Drittel desselben steigen. 4. Kann nach fünfjähriger Mitgliedschaft eine Nothstandsunterstützung bis zu 50 Mk. gewährt werden. Aus dem Statut ist nicht zu ersehen, wie weit die Rechtsschutzbestimmungen ausgedehnt sind, da hierüber jede genaue Angabe fehlt; wie man von den „Verbändlern“ erfährt, sollen nur gewerbliche Klagen in Betracht kommen. Hingegen ist das Streikreglement sehr vorsichtig abgefaßt. In unserem Reglement heißt es, „wenn Ausschuß, Ortsversammlung und Generalrath die Berechtigung anerkennen“, so wird die Unterstützung gezahlt. In jenem Reglement stehen verschiedene Klauseln, wovon die Beachtenswerthesten sind: „Gesuche um Genehmigung von Angriffstreiks, welche für Frühjahr oder Sommer geplant werden, können nur dann berücksichtigt werden, wenn dieselben bis spätestens 1. Februar eingereicht sind.“ „Gesuche, welche erst für spätere Jahreszeit berücksichtigt werden sollen, müssen mindestens drei Monate vor dem für die ArbeitsEinstellung in Aussicht genommenen Termin eingereicht werden.“ „Zahlstellen, welche selbstständig Sammellisten zur Unterstützung ihres Streiks an andere Orte versenden, können aus der Hauptkasse nicht unterstützt werden. Alles Weitere über Sammellisten, Extrasteuern und Genehmigung von Streiks von Seiten des Vorstandes ist schon zuvor erwähnt. Genossen, aus diesem Vergleich, soweit er das Statut betrifft, ist wohl unverkennbar, daß der Holzarbeiterverband bemüht ist, sich ganz nach dem Muster des Gewerksvereins der Deutschen Tischler zc. zu richten; nur im Streikreglement nimmt jener Verband noch eine Sonderstellung ein, oder besser gesagt, wir müßten den Mitgliedern noch etwas mehr bieten, hinterher aber gleich die Schlinge zum Zuziehen bereit halten. Denn jene müssen bei ihrer früheren losen Methode wohl manche höchst unliebsame Dinge erlebt haben, denn nach dem „Göttinger Protokoll“ scheinen genügend Schmerzenskinder vorhanden gewesen zu sein. Genossen, habt daher die Augen auf gegen die „Nachkollegen“, die euch zu einem angeblich Besseren zu befehlen suchen. Denn wie man auch dort über die „Harmonieduselei“, die man uns so oft vorwirft, denkt, geht aus Folgendem hervor. In dem schon erwähnten Streikreglement heißt es: „Bevor ein, auch genehmigter, Streik proklamiert wird, hat die Verwaltung oder Streikleitung Alles!! zu versuchen, um einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen, und erst, wenn diese Versuche vergeblich sind, kann die Proklamirung des Streikes erfolgen.“ Dieser Satz allein kennzeichnet so recht die Grundlage unseres Gewerksvereinsstatuts, so daß es wunderbar ist, wie man hiernach sich noch erdreisten kann, Mitglieder einer alten Arbeiterorganisation, wie des Gewerksvereins der Deutschen Tischler, die seit ihrem Bestehen ganz auf dieser Grundlage steht, daß doch eine Verständigung zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber

erfolgt, um ersteren in seiner Lebensstellung zu verbessern, derartig, wie schon erwähnt, zu beschimpfen. Doch dieses Gebahren kennzeichnet so recht den Charakter der „modernen“ Arbeiterbewegung.

In der sehr lebhaften Diskussion kamen noch verschiedene interessante Dinge zur Sprache, u. a. auch der im Jahre 1896 vom Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter zu Berlin mit so großem Aufsehen ins Leben gerufene Streik, welcher mit einer vollständigen Niederlage endete und nur schädigend in den betreffenden Arbeiterkreisen nachgewirkt hat. Jetzt noch sollen 16000 Mk. Schulden gedeckt werden, wozu sich der obige Fachverein mit der Verwaltung der Klavierarbeiter (Lokalabtheilung für Berlin des Holzarbeiterverbandes) gegenseitig verpflichtet haben. Hierzu zieht man aber, wenn es gelingt, nicht allein Mitglieder unseres Ortsvereins der Pianofortearbeiter Berlin heran, auch solche Kollegen, welche nicht mitgestreikt haben, daher keine Schuldner sind, sollen mit beitragen. Im Allgemeinen wird solches Verlangen abgewiesen, aber mit welcher Dreistigkeit diese Schulden beigetrieben werden, hierfür nur ein Beispiel: Einem unserer jüngeren Mitglieder wurde ohne seine Zustimmung eine mit Namen und vier eingeklebten Marken versehene Streikkarte zugeschoben, die derselbe jedoch zurückwies, da dieser Kollege es nicht nothwendig hatte, jenen sonderbaren Streik mitzumachen, weil die betreffende Fabrik hierfür kein Verlangen hatte. Eine andere Episode aus einer Pianofortefabrik kam auch zur Kenntniß der Versammlung. Für die erwähnte Fabrik war von der Werkstatt-Kontroll-Kommission des Holzarbeiterverbandes eine Werkstattbesprechung in einem Lokal anberaumt; auf Wunsch eines unserer Mitglieder wurden zwei Genossen beauftragt, derselben beizuwohnen. Ja ja, das war aber die Rechnung ohne den Wirth gemacht, denn kaum hatten sie das Zimmer betreten, so mußten sie, der Denunziation verdächtig, nach Abstimmung das Zimmer wieder verlassen. Selbstredend gingen diese und mit ihnen aber auch unsere Mitglieder. Das Nachspiel folgte bald. Es währte nicht lange, da hatten die Herren abermals eine Werkstattbesprechung anberaumt und wollten nun den dortigen Arbeitern Moral predigen; jetzt drehten die Letzteren den Spieß um und hießen jene Herren mit den Worten gehen: „Sie mögen sich nur um andere Fabriken kümmern, in denen es noch traurig aussieht.“ Somit hatten die Herren nichts erzielt, wir hatten dagegen die Genugthuung der Aufnahme neuer Mitglieder aus jener Fabrik. Bemerkte sei, daß jene Fabrik eine der besten hier am Orte ist und auch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gute Verhältnisse obwalten.

Die noch vom Referenten bekannt gegebenen Vermögensbestände pro Ende 1897 stellten sich pro Mitglied im Gewerksverein auf 14,25 Mk., dagegen im Holzarbeiterverband auf 2,89 Mk.

Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, nur immer thätig weiter zu agitiren, dann wird es uns auch gelingen, aller Anfeindung zum Trost, immer weiter zu wachsen, was wir bis jetzt aus eigener Kraft auch schon bewiesen haben.

J. A.: F. Meyer (Berlin VI).

**Köln.** In der heutigen, gut besuchten Versammlung des Ortsvereins der Schreiner und verwandten Berufsgenossen hieselbst wurde nach Erledigung des geschäftlichen Theils dem Kollegen Herrn Rosenstein das Wort ertheilt, welcher in 3/4 stündiger Rede Zweck und Ziel des Gewerksvereins klarlegte. Selbiger entledigte sich seiner Aufgabe in gut durchdachten Worten, für welche ihm von allen Seiten reicher Beifall gezollt wurde. Herrn Rosenstein hiermit nochmals unsern besten Dank. Hieran anschließend erwähnte Genosse Dräger die Kollegen zum festen Zusammenhalten im Gewerksverein und ersuchte dieselben, die Erweiterung unseres Ortsvereins stets im Auge zu behalten. Da unser Ortsverein erst noch im Entstehen ist, so hoffen wir doch in nächster Zeit einen bedeutenden Erfolg in Gewinnung neuer Mitglieder verzeichnen zu können. Erwähnt sei noch, daß in der heutigen Versammlung ein Arbeitsnachweis gegründet wurde, mit welchem unser Vorsitzender Gen. Schwaab betraut wurde. Die Versammlung, welche auf jeden Anwesenden einen guten Eindruck machte, wurde sodann vom Vorsitzenden Schwaab um 1 1/2 Uhr Nachm. geschlossen.

J. Lutt, Sekretär.

**Berlin.** Der Erste Ortsverein der Tischler und verwandten Berufsgenossen feiert am 26. Dezember (2. Weihnachtsfeiertag) in den Festräumen der „Berliner Ressource“, Kommandantenstr. 57, sein 30 jähriges Stiftungsfest durch Konzert, Theateraufführung und Ball. Unsere geehrten Brudervereine werden zu diesem Feste freundlichst eingeladen und sind Freunde und Gäste willkommen. Eintrittskarten à 50 Pf. sind bei den Herren Roziol, Mariannenplatz 10, S. Zerbst, Reichenbergerstr. 140 und A. Fröhliche, Wienerstr. 14b, als auch sämmtlichen übrigen Ausschußmitgliedern zu haben. Da nur noch ein geringer Theil Karten zur Verfügung steht, so bitten wir, dieselben baldmöglichst zu entnehmen. A. Fröhliche, Sekretär.

## 172. Bureaufgung.

Verhandelt Berlin, den 12. Dezember 1898, Vormittags 10 1/4 Uhr.

1. Weiskensels. Von dem Antwortschreiben hinsichtlich der Vorbereitungen der Generalversammlungen wird Kenntniß genommen und weiterer Bericht baldigst erwartet.

2. Zeiß (Scheithauer). Auf die Zuschrift wird briefliche Antwort erfolgen, welche dann der nächsten Ortsvereins-Versammlung zur Kenntnißnahme zu unterbreiten ist.

3. Das eingeschickte Hilfsfondsgesuch wird dem Generalrath überwiesen.

4. Thorn. Zu der Prozeßsache des Mitgliedes Habermann sind sämmtliche Akten dem Bureau einzuschicken worauf dieselben einem hiesigen Rechtsanwalt zur Begutachtung der Sache vorgelegt werden sollen.

5. Thorn. Da dem Bureau ein Protest von mehreren Mitgliedern gegen die dort stattgefundene Ausschußwahl eingeschickt worden ist, so wird

der Ausschuss aufgefordert ein genaues Protokoll der Versammlung, in welcher diese Wahlen vorgenommen sind, dem Bureau einzuschicken; auch demselben ein Verzeichniß sämtlicher dort befindlicher Bibliothekwerke beizufügen.

6. Berlin (Moabit). Die gemeldete Angelegenheit zwischen dem Mitgliede Giese aus O.-V. Berlin (Moabit) und Rügen aus O.-V. Berlin (Königstadt) hat der Ausschuss auf Grund des Rechtsschutzreglements durch Ortsvereinsversammlung und Schiedsgericht zu regeln; in das zu bildende Schiedsgericht hat jedes der beiden Mitglieder 2 Schiedsrichter zu wählen, der Obmann ist dann gemeinsam zu wählen.

7. Eibing. Die Rechtsschutzsache des Mitgliedes Dankowski wird dem Generalrath überwiesen. Antwortlich einer Anfrage hinsichtlich der Ausschusswahl wird erklärt, daß neue Mitglieder sich an der Wahl nicht betheiligen dürfen, bevor nicht die nach § 4 des Statuts vorgeschriebene definitive Aufnahme der Generalrath entschieden hat; hat eine solche statutenwidrige Betheiligung bei der Ausschusswahl stattgefunden, so ist eine neue Wahl innerhalb 10 Tagen vorzunehmen und nach hier zu melden.

8. Pr.-Holland. Generalrathmitglied Lungfiel (Danzig) wird ersucht werden persönlich die Interessen der Mitglieder in Pr.-Holland hinsichtlich der dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wahrzunehmen.

9. Görlitz (Goldarbeiter). Ehe die Genehmigung zur Beschaffung des beantragten Spindes erteilt werden kann, ist ein genauer Bericht darüber einzuschicken, welche Vereinsgegenstände in demselben aufbewahrt werden sollen.

10. L.-Vindenau. Von dem Berichte des dortigen Kassiers betreffend die Kassengelder der Zuschuss-Krankenkasse ist Kenntniß genommen und beschlossen, dem Vorstande die Sache zu unterbreiten.

11. Zweibrücken. Ehe die eingeschickte Liquidation in der Rechtsschutzsache des Mitgliedes Häfner zur Zahlung angewiesen werden kann, ist ein möglichst eingehender Bericht über die Klagesache selbst, oder das zu derselben gefällte Urtheil einzuschicken.

12. Zeitz (Tischler). Die eingeschickte Frage wird beantwortet werden.

13. Allenstein. Das eingeschickte Antwortschreiben zu der Angelegenheit Wieke wird brieflich erledigt werden.

14. Kumbach. Von der Mittheilung über die dortige Lohnbewegung ist zwar anerkennend Kenntniß genommen, jedoch wird erwartet, daß zu dieser Sache rechtzeitig genauer Bericht eingeschickt werden wird. Eine Unterstützung für das statutarisch noch nicht berechnete Mitglied zu gewähren, ist der Generalrath außer Stande.

15. Rudolstadt. Die Veröffentlichung der Anmeldung eines zur Generalversammlung zu stellenden Antrages in der „Eiche“ erscheint zwecklos; es genügt wenn der Ortsverein den Antrag selbst zu der Zeit, welche für Einsendung der Anträge bekannt gegeben werden wird, dem Bureau einschickt.

16. Rathenow. Dem Mitgliede Schmidt ist zur Konsultation in seiner Rechtsschutzsache eine Legitimation zu erteilen. Die Uebnahme und Durchführung der Sache selbst seitens des Gewerksvereins wird entschieden abgelehnt.

17. Arbeitslosigkeitunterstützung ist zu zahlen: dem Mitgliede Buch Nr. 640 H. Heider-Wreslau (Tischler) vom 12. 12., mit Einrechnung der bereits in diesem Jahre erhaltenen Unterstützung. (Beitragabst. 51 W.). — Zu der Arbeitslosigkeitssache des Mitgliedes Köppel-Halberstadt wird briefliche Antwort erfolgen.

18. In Arbeit: Mitglied Buch Nr. 12705 A. Heitmann-Bredow am 9. 12. — 9750 Wolter-Berlin (Erster) am 3. 12. — 16611 Malo-Berlin (Erster) am 6. 12.

Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachmittag.

Das Bureau.

M. Bahlke,  
Vorsitzender.

F. Diebau,  
Schatzmeister.

G. L. Wulff,  
Generalsekretär.

### Bekanntmachung.

Am Schlusse des Jahres ist ein Verzeichniß der vorhandenen Inventurgegenstände durch den Sekretär bezw. Ausschuss eines jeden Ortsvereins in zwei Exemplaren anzufertigen und in demselben namentlich auch die vorhandenen Bibliothekwerke aufzunehmen. Die hierfür erforderlichen Formulare liegen in zwei Exemplaren dieser Nr. 50 der „Eiche“ bei; ein ausgefertigtes Exemplar ist bis längstens den 9. Januar 1899 dem Bureau, Berlin O., Münchebergerstr. 15 II, einzusenden.

Der in den Nrn. 46 und 47 der „Eiche“ besonders enthaltenen Aufforderung, das für die Ausschusswahlen auszufertigende Formular möglichst sofort, spätestens bis zum 27. Dezember 1898 einzusenden, scheinen einzelne Ausschüsse sehr wenig zu beachten, indem diesseits bekannt, daß die Wahlen theilweise schon längst stattgefunden, die Einsendung des Formulars jedoch nicht erfolgt ist. Wir ersuchen daher dringend um Uebersendung der

ausgefertigten Formulare und zwar von allen Ortssekretären, wo dies noch nicht geschehen.

Für den Generalrath:

M. Bahlke,  
Vorsitzender.

F. Diebau,  
Schatzmeister.

G. L. Wulff,  
Generalsekretär.

### Versammlungen.

December.

- Altenstein. 25. Abds. 6 Uhr, Vers. i. „Hotel Kopernikus“. Beitrag., Gesch.  
 Augsburg. 18. Vorm. 9 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. z. „Wiener Hof“, Carmelitenstr.  
 Berlin (Erster). 24. (2), Vers. Adalbertstr. 21. Beitrag., Gesch.  
 Berlin (Königst.). 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Koppenstr. 65. Gesch., Beitrag. —  
 Weihnachtsbesprechung der Kinder am 25. Dezbr. Abds. 6 Uhr ebenda. —  
 Berlin (Moabit). 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Bredowstr. 11. Gesch., Beitrag. u. a.  
 Berlin (West). 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Kuhlstr. 10, Ecke Göttenstr. Gesch.,  
 Berlin (Nord). 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 41. Gesch., Vereinsanz.  
 Berlin VI. (Pianosortearb.) 25. Vorm. 10 Uhr, Vers. Oranienstr. 183. Beitrag.  
 Bredenburg. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Kurstr. 52. Gesch., Beitrag.  
 Bredow. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. Wilhelmstr. 71. Gesch., Beitrag. Neuwahl  
 des Ausschusses. Das Erscheinen aller Mitglieder dringend geboten.  
 Charlottenburg. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Schillerstr. 26. Gesch., Beitrag. u. A.  
 Chemnitz. 26. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in d. „Reichstrone“, Reichstr. 78. Versch.  
 Cüstrin. 18. Nachm. 4 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Wahl des Ausschusses.  
 Danzig. 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Vorstadt. Graben 9. Gesch., Versch. y  
 Dresden. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum schwarzen Wallfisch“,  
 Frauenstr. 12. Gesch., Ausschusswahl, Beitrag.  
 Eibing. 24. Abds. 6 Uhr, Vers. i. „Gewerbehause“. Beitrag.  
 Gula. 18. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Weichert's Restaur.“ Wahl des Aussch.  
 Frankfurt. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Rest. „Zur Harmonie“, Nichtstr. 30.  
 Geschäftl., Ausschusswahl, Beitragzahl.  
 Gleiwitz. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Jochemczyk, Kronprinzenstr. 9. Beitrag.  
 Görlitz (Tischl.). 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. in der „Pilgerschänke“. Heilige  
 Grabstr. Geschäftl., Beitrag., Versch.  
 Görlitz. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Helm's Restaur.“ Ausschusswahl u. A.  
 Graudenz. 24. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Goldenen Anker“. Beitrag., Gesch.  
 Hagen. 18. Vorm. 10 Uhr, Vers. b. Müllenberg, Wehringhauserstr. 39. Ausschussw.  
 Pr.-Holland. 18. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Reimann. Ausschusswahl, Bei-  
 trag., Versch. — Das Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.  
 Jena. 18. Vorm. 10 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Ausschusswahl.  
 Köln a. Rh. 18. Vorm. 10 1/2 Uhr, Vers. in d. „Brauerei Welten“, Sterneng-  
 gasse 89/91. Gesch., Beitrag., Versch.  
 Kumbach. 18. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Wehner, Grünwehr 6. 300. Ausschussw.  
 Landsberg I. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. b. Klatt, Paradeplatz. Ausschusswahl.  
 Landsberg II. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Zerbe, Priesterstr. 9. Wahl d. Aussch.  
 Langenbielau. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Schön's Gasth.“ Gesch., Beitrag.  
 Leipzig-Ost. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Rest. „Zur Börse“, S. Reudnitz,  
 Ruchengartenstr. Geschäftl., Beitrag., Versch.  
 Plegnitz. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zum Kaiserhof“. Beitragzahl.  
 Pöbau. 17. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Albertgarten“. Gesch., Beitrag. u. A.  
 Mülheim (Ruhr). 18. Abds. 6 Uhr, Vers. b. König, Charlottenstr. Ausschussw.  
 Osterode. 18. Nachm. 1 1/2 Uhr, Vers. im „Kaiseraal“. Beitrag., Wahl  
 des Ausschusses, Bespr. über ein Wintervergnügen.  
 Pasing. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. d. „Brauerei Pasing“. Beitrag., Gesch.  
 Patschkau. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im Gasth. „Zum weißen Kopf“ Ausschussw.  
 Dr.-Pieschen. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. „Fiedler's Mast“, Leipzigerstr. 18.  
 Wahl des Ausschusses, Beitrag. u. A.  
 Posen. 18. Nachm. 5 Uhr, Vers. b. Zidemann, Wasserstr. 27. Gesch., Wahl d.  
 Ausschusses, Berichte, Beitrag. u. A.  
 Quedlinburg. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Prinz Heinrich“. Gesch., Beitrag.  
 Rathenow. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Dießing, Berlinerstr. 14. Ausschussw.  
 Rixdorf. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Herrmannstr. 199. Ausschusswahl, Gesch.  
 Rudolstadt. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. „Restaur. Danz.“ Geschäftl., Versch.  
 Stettin-Grabow. 18. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Müller, Souisenstr. 18. Ausschussw.  
 Stolp. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Buggert. Gesch., Ausschusswahl, Beitrag.  
 Straßund. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. Gasth. „Zur Börse.“ Ausschussw., Gesch.  
 Wittenberge. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Wintelman, August- und  
 Mittelstr.-Ecke. Wahl d. Ausschusses, Gesch., Versch.  
 Zabrze. 18. Nachm. 2 Uhr, Vers. in „Eisner's Rest.“ Ausschusswahl, Gesch.  
 Zweibrücken. 17. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. i. d. „Brauerei Ringer“. Beitrag. u. A.

### Anzeigen.

Zwei tüchtige Modelltischler finden dauernde und lohnende (Winter-) Beschäftigung durch A. Piechoci, Modelltischlermeister, Graudenz, Culmerstr. 74.

Mehrere Tischler finden dauernde Beschäftigung bei Voigt & Schulze, Pianofortefabrik in Kahla, S.-Mbg.

Ein Drechslergehilfe findet dauernde Beschäftigung beim Drechslermeister Paul Gillner, Schönwald (Kreis Gleiwitz).

4 Tischlergesellen f. dauernde Beschäftigung können sof. eintreten. Reisegeld wird vergütet. A. Probst, Dampf-tischl., Pr. Holland.

Tüchtige Kistenschreiner finden bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. Auch mehrere tüchtige Maschinenschreiner werden bei gutem Lohn gesucht. Näheres durch den Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler Silberfeld, bei Ph. Eichel, Arenbergerstr. 68.

Der Arbeitsnachweis d. vereing. Ortsv. d. Tischler Berlin I-VI, für Jederm. unentgeltl., befindet sich jetzt Scharrnstr. 20. pt. Täglich gesch. Vorm. von 8-10 Uhr.

Ein Stellmachergeselle erhält sofort dauernde Arbeit beim Stellmachermeister Franz Wiehagoll, Schönwald (Kreis Gleiwitz).

2 bis 3 Tischler finden dauernde Arbeit bei Matth. Czich, Möbeltischlerei mit Dampftrieb in Schönwald, Kr. Gleiwitz.

Tüchtige Tischler und Drechsler finden lohnende und dauernde Beschäftigung Näh. bei J. Kruse, Lübeck. Rathhorststr. 42b.